

Bedingungsloses Grundeinkommen und Krise

Werner Rätz

Beide angesprochenen Phänomene, die Krise und das Grundeinkommen, nehmen je nach Betrachtungsweise und BetrachterIn höchst unterschiedliche Gestalt an. Im vorliegenden Buch wird an verschiedener Stelle auf Einzelheiten des bge eingegangen. Ich kann mich also darauf beschränken, diesbezüglich zu unterstellen, dass es sich beim Grundeinkommen um eine staatliche Geldzahlung an alle handeln würde, die ein auskömmliches Leben ermöglicht, materielle Unterschiede einebnet und insofern eine deutliche Umverteilung von Oben nach Unten bewirkt.

Dagegen muss auf die Krise und ihre Bestimmungen näher eingegangen werden. In der öffentlichen Darstellung hat sie ihren Charakter mehrfach völlig verändert. Dort beginnt sie 2008 als Finanz- und Bankenkrise, wird rückwirkend mit einem Vorläufer namens Hypotheken- oder Supprimekrise versehen und entwickelt sich rasch zu einer ausgewachsenen Wirtschaftskrise. Diese war dann, zumindest in Deutschland, rasch vorbei oder, so etwa der brasilianische Präsident Lula, erreichte die Schwellenländer gar nicht. Diese vergangene oder inexistente Krise feierte dann Wiederauferstehung als Schulden- bzw. Eurokrise. Letztere ist besonders interessant, weil sie sich nicht etwa aus ihren Vorgängerinnen entwickelt hat, sondern vom Himmel fiel, als verantwortungslose Politiker, meist in südlichen Ländern beheimatet, zuviel Geld für das Lotterleben ihrer faulen Bevölkerung zur Vergügung stellten. Die sollen jetzt mal ordentlich sparen und fleißig arbeiten, dann wird wieder alles gut. Diese von Medien, Politik und Nationalökonomie vielfach verbreiteten Geschichten erinnern fatal an die Märchen von den arbeitsscheuen Ewerbslosen, die mit Hartz IV mal ordentlich auf Trab gebracht werden müssen.

Multiple Krisen(ursachen)

In Wirklichkeit haben wir es mit vielfachen Krisenphänomenen oder eben auch Einzelkrisen zu tun, die sich zu einer nur schwer verstehbaren und kaum noch auflösbaren Komplexität verbinden. Die Hungerkrise schafft es nur noch selten in die Schlagzeilen. In der Lebensmittelspekulation verbindet sie sich mit der Verwertungs-, in der Verbrennung von Nahrungsmitteln als Treibstoff mit der Klima- und Umweltkrise. Die soziale und materielle Krise in den Lebensverhältnissen der Menschen ist jetzt schon für Millionen auf dem Globus tödlich und wird es in dem Maße mehr, als die Masse der Armen und GeringverdienerInnen die Kosten der Rettungs- und Schuldenpakete tragen soll. Der ebenso aggressive wie sinnlose „Krieg gegen den Terror“ macht die Krise friedlicher Lebensverhältnisse überdeutlich und auch die Krise der Demokratie und der politischen Repräsentanz ist unübersehbar: Wahlbeteiligungen gehen zurück, rechtsradikale Parteien werden in vielen EU-Ländern regierungsfähig und in den sogenannten Technokratenregierungen verbindet sich diese Dimension wieder eng mit der Krise der Staaten und ihrer Finanzen.

Ökonomisch gesehen kann die gegenwärtige Krise zu Recht als eine klassische Krise des Kapitalismus verstanden werden. Überproduktion und -akkumulation gehörten zu seinem Funktionieren wie die Jahreszeiten (noch) zu unserem Klima: Sie schlagen mal stärker, mal schwächer aus, aber sie bleiben nie ganz weg. Überproduktion ist auch empirisch ganz offensichtlich, nicht nur in der Autoindustrie. Gleichzeitig ist die Krise eine Verwertungskrise und auch in diesem Sinne klassisch. Es gibt schlicht zu viel profitable Anlage suchendes Kapital und zu wenig ausreichend sichere Anlagemöglichkeiten. In

diesem Sinne stimmt die herkömmliche marxistische Argumentation.

Schon Marx hatte darauf hingewiesen, dass „die kapitalistische Produktion die Technik und Kombination des gesellschaftlichen Produktionsprozesses“ nur entwickelt, „indem sie zugleich die Springquellen allen Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter“ (MEW 23, S. 529). Dieser Zerstörungsprozess von Natur und Sozialem zeigt inzwischen unübersehbar, dass die Grenzen der Natur auch Grenzen der Reichtumsproduktion sind. Nicht nur Klimawandel und Umweltzerstörung, für sich genommen schon dramatisch genug, machen das deutlich, sondern auch rein ökonomisch sind verschlossene Pfade absehbar. Erste wichtige Ressourcen beginnen sich zu erschöpfen. Peak-oil, der Punkt, ab dem die Erdölförderung sinken und teurer werden wird, scheint schon erreicht oder wird es sehr bald sein. Manches seltene Metall wird selbst bei bester Recyclingquote nur noch für begrenzte Zeit verfügbar sein. Unbegrenzttes Wachstum in einer endlichen Welt wird nicht gelingen. So wird sich im Kapitalismus gerade der Umstand seines produktiven Erfolgs als größtes Problem erweisen. Schon heute ist die Welt voll mit Dingen, für die es kaum noch Nachfrage gibt. Schon ein geringes Wirtschaftswachstum von nur 2% jährlich führt zu einer Verdoppelung der Produktion in 35, ein Wirtschaftswachstum von 3 Prozent führt zur Verdopplung in 23 Jahren. Ganz unabhängig von der Ökologie: Wer soll das alles brauchen?

Der Kern der Krise

Hier zeigt sich der grundlegendste Aspekt der gesamten Krisendynamik. Ich hatte oben schon den Widerspruch zwischen Kapitalmassen und Anlagemöglichkeiten erwähnt. Irgendwo gibt es den Punkt, wo dieser Widerspruch so groß wird, dass er nicht mehr lösbar ist und die Verwertung, also das weitere Wachstum, des gesellschaftlichen Gesamtkapitals misslingt. Was Rosa Luxemburg in diesem Zusammenhang die „objektiven Grenzen der Kapitalakkumulation“ nennt, verweist darauf, dass es sich um eine systemische Krise des gesamten kapitalistischen Modells handelt.

Das hat etwas damit zu tun, dass im Kapitalismus der gesellschaftliche Reichtum in zweierlei Form vorliegt, einmal als konkretes, nützliches Produkt, das gebraucht werden kann und Bedürfnisse befriedigt, und einmal als rein quantitativer Geldbetrag. Dieser Geldausdruck des gesellschaftlichen Reichtums benimmt sich wie eine beliebige Zahlenreihe, die scheinbar unbegrenzt gesteigert werden kann. Man kann das Problem leicht an konkreten Zahlen verdeutlichen. Im Jahr 1980 betrug das weltweite Bruttosozialprodukt etwa 10 Billionen US-\$ und das Finanzvermögen 12.; 2006, im letzten Jahr vor offenem Ausbruch der aktuellen Krise, lauteten die Zahlen 48 Billionen BSP und 167 Billionen Finanzvermögen. Unmittelbar vor Beginn der Bankenprobleme hatte sich das Finanzvermögen nochmals auf deutlich über 200 Billionen gesteigert, von denen innerhalb weniger Monate 30 Billionen verschwanden, um bis zum Jahr 2010 wieder aufzutauchen.

Diese rasche Veränderung der Zahlen zeigt, was sich auch in allen bisherigen Krisen als Erfahrung bestätigt hat, dass es sich bei dieser Steigerung zunächst einmal um die Steigerung von virtuellen Ansprüchen handelt. Ob daraus reale Reichtumsflüsse erwachsen, muss sich in der tatsächlichen Ökonomie erst noch erweisen. Damit diese Ansprüche eingelöst werden können, müssen Bevölkerungsgruppen gefunden werden, die sie bezahlen. Dafür gibt es eine ganze Reihe von Mechanismen und es werden immer neue gefunden. Die – zweifellos vorhandene – Gier von Börsenanlegern oder bewusst falsche Beratung durch verkaufsgeile Banken sind die harm- und wirkungslosesten davon.

Einer der ersten – und hier bekommen wir eine Ahnung, wie lange diese Krise tatsächlich

schon existiert – und historisch bis heute wirkmächtigsten ist die Schuldenfalle für die Länder des Südens. Denen hatten internationale Institutionen und Banken in den 70er Jahren scheinbar billige Kredite ohne Ende angedreht. Als Ende des Jahrzehnts die Zinsen stark erhöht wurden, erlitt Mexiko 1982 einen Staatsbankrott. Statt diesen wie jede Insolvenz von Unternehmen oder Privaten ordentlich abzuwickeln und dem Land eine Chance zum Neuanfang zu gewähren, beschlossen die Gläubiger, dass Schulden bezahlt werden müssen. Wer es nicht kann, muss sparen, öffentliches Eigentum verkaufen, Sozialleistungen abbauen, neue Kredite zur Bezahlung der alten aufnehmen und vor allem seine Wirtschaft auf den Weltmarkt ausrichten. Jetzt werden nicht mehr Grundnahrungsmittel für die hungrige Bevölkerung produziert oder Schutzzölle zugunsten der schwachen heimischen Industrie erhoben, sondern Erdbeeren und Paprika in Bewässerungslandwirtschaft für den nordamerikanischen oder europäischen Markt im Winter angebaut. Wir sehen: Freihandel, Hunger, Umweltzerstörung, Sozialabbau, Schuldenfalle, Konzentration von Marktmacht.

Alle diese Momente begegnen uns in der aktuellen Krisenpolitik wieder, es kommen neue dazu. Eines der wichtigsten in den Industrieländern ist die Senkung der Lohnquote, also des Anteils am Nationaleinkommen, der aus Erwerbsarbeit entsteht. Im realen Wirtschaftsgeschehen heißt das, dass die Erträge des Produktivitätsfortschritts nicht zwischen Beschäftigten und Unternehmen aufgeteilt, vielleicht sogar zwecks Umverteilung in höherem Maße an letztere geleitet werden, sondern mehr oder weniger vollständig in der Hand der Kapitaleigner bleiben. Um deren Interessen und ihren Schutz dreht sich alles. Sie haben nicht zu wenig Geld, sondern zu viel. Sie wissen nicht wohin damit. Das genau ist die große Frage der Krise, die die kapitalistische Ökonomie seit spätestens Mitte der 70er Jahre nicht mehr loslässt: Wohin mit dem vielen Geld der großen Vermögensbesitzer?

Dabei heißt „Geld“ immer im obigen Sinn Finanzansprüche, die man nur sichern kann, wenn sie sich in realen Reichtum verwandeln, und die gleichzeitig auch noch wachsen sollen. Schließlich haben Superreiche Vermögen nicht in erster Linie, um ein Luxusleben zu führen. Das machen sie mit dem Taschengeld. Für sie, mehr aber noch für die sogenannten institutionellen Investoren wie Banken, Versicherungen, Pensionsfonds u.a., ergibt Geld nur einen Sinn, wenn sie es in ein Geschäft stecken können, wo es als eine größere Summe wieder herauskommt.

Das bedeutet, dass immer mehr nichtkapitalistische Formen des Reichtums in Kapital verwandelt werden müssen. Die Privatisierung öffentlichen Eigentums und der sozialen Daseinsvorsorge ist ein Beispiel dafür, wie das geschieht. So werden ganze Lebensbereiche zu kapitalistischen Märkten, von denen die Menschen sich das noch vor einigen Jahren nicht vorstellen konnten. Früher betraf das die Kolonien oder die sich selbst versorgenden Bauernwirtschaften, inzwischen geht es um die lebendige Natur oder unsere eigenen Körper, die sich in patentierte und verkaufte „genetische Ressourcen“ verwandeln.

Der Kern der Ökonomie

Es zeigt sich, dass der gesellschaftliche Reichtum, wenn und soweit er die Form des Wertausdrucks und damit eines bloßen Reichtumsanspruchs hat und sich wie eine Zahlenreihe benimmt, die unendlich wachsen kann, keineswegs im Bereich abstrakter Ansprüche und bloßer Zahlen verbleibt. Er löst vielmehr für die Betroffenen katastrophale Folgen aus. Denn im Gegensatz zu den Finanzansprüchen kann die kapitalistische Produktion nicht beliebig und unbegrenzt gesteigert werden. Produktion nur um der

Produktion Willen ist unmöglich, zumindest wenn die Produkte verkauft werden sollen. Und verkauft werden müssen sie, sonst hat der Investor seine Investition verloren. Damit aber Menschen sie kaufen, müssen die Produkte immer auch zur Befriedigung von Bedürfnissen dienen. Und da gibt es zwei Begrenzungen. Erstens sind Bedürfnisse grundsätzlich endlich, zweitens zählen im Kapitalismus nur die diejenigen Bedürfnisse, die zahlungsfähig sind. Beides setzt dem unendlichen Wachstum schon aus ökonomischen Gründen Grenzen, ohne ökologische und soziale Gesichtspunkte überhaupt zu berücksichtigen.

Das sind natürlich keine starren Grenzen. Bedürfnisse können geweckt, gesteigert, neu „erfunden“ werden und das passiert ja auch tatsächlich andauernd. Und die Zahlungsfähigkeit ist ebenfalls durch politische und ökonomische Maßnahmen steigerbar, den entsprechenden Willen einmal vorausgesetzt. Das bedingungslose Grundeinkommen wäre kurzfristig betrachtet eine solche Maßnahme zur Steigerung der Zahlungsfähigkeit und würde in dieser Hinsicht wie ein Konjunkturprogramm wirken. Allerdings müssten die Mittel ja woanders hergenommen werden und wären faktisch eine Verschiebung von Geld aus dem gesellschaftlichen Investitions- in den Konsumfonds. Der Wachstumswirksamkeit in letzterem steht die Wachstumsminde- rung in ersterem gegenüber. Wenn man bedenkt, dass Investitionsentscheidungen im Kapitalismus ausschließlich zum Zweck des Wachstums fallen – aus Geld muss mehr Geld werden, sonst investiert niemand – dann ist absehbar, dass der Schrumpfung- den Wachstumseffekt deutlich überwiegen würde. Das würde nochmals dadurch verstärkt, dass Investitionsgelder erheblich rascher umschlagen als Konsumgelder. Während die zusätzlichen Lebensmittel oder Urlaubsausgaben der bge-Begünstigten zurück zu den Verkäufern fließen und dort in neue Produktion gesteckt werden, haben die FinanzinvestorInnen in der Regel schon mehrere Geschäfte mit ihrem Kapital getätigt. Diese wachstumsmindernde Wirkung des bge ist umso größer, je höher es ist.

Auch ein ökologischer Umbau des Kapitalismus würde neue Möglichkeiten schaffen, Geld produktiv und nicht nur als Finanzanspruch anzulegen, und ist nicht prinzipiell unmöglich. Es ist zwar in den regierenden Eliten gegenwärtig keine Kraft sichtbar, die das ernsthaft vertritt, aber machbar wäre es und der Kapitalismus würde damit auch eine Weile wieder funktionieren können. Genau darauf setzen alle ernsthaften Vorschläge, aus der Krise herauszuwachsen. Auch wenn ich oben die objektiven Grenzen dieses Versuchs betont habe, so ist da konkret doch offensichtlich noch einiges denkbar.

Solche Maßnahmen würden darüber hinaus hohen Finanzierungsbedarf auslösen. Wenn dafür die großen Vermögen in nennenswertem Umfang herangezogen würden, wäre das gleichzeitig ein Beitrag zur aktiven Entwertung von Teilen der beschriebenen Finanzansprüche. Sie würden sozusagen politisch entwertet, gestrichen und damit würde die Verwertungsproblematik quantitativ entschärft. Als Sofortmaßnahmen und erste Schritte ist das durchaus eine Perspektive, man gewänne Zeit für weitergehende Krisenlösungsansätze und selbst AntikapitalistInnen in Attac und anderswo schlagen solche Schritte für tagespolitisches Handeln vor. Ich denke, die angesprochene Weile wäre eine kurze, weil die Kapitalmassen derart gigantisch sind, aber es wäre eine.

Das löst aber das prinzipielle Problem nicht, dass die Endlichkeit der Bedürfnisse eine objektive Grenze für die Unendlichkeit der Anspruchsentstehung darstellt und dass die reale Kapitalakkumulation schon seit einigen Jahrzehnten an diese Grenze stößt. So gesehen ist das Grundeinkommen kein Krisenausweg. Es führt als Geldbetrag auch nur auf den kapitalistischen Markt. Deshalb vertreten wir in der AG genug für alle von Attac Deutschland das bge ja auch als Richtungsforderung und nicht als „Konjunkturprogramm“.

Auf lange Sicht ist es nämlich eine Maßnahme, die den Zwang zum Verkauf der Arbeitskraft mildert. Und das ist die Voraussetzung dafür, dass die notwendigen Diskussionen um den Umbau der Gesellschaft geführt werden können. Wir haben die politische Macht nicht, eine ökologische Trendwende per Verordnung oder „Ökodiktatur“ zu erzwingen – und angesichts der Unwillig- und Untätigkeit der Eliten gehen viele davon aus, dass sie nur durch eine solche zu bewerkstelligen wäre. Aber auch wenn es den Elitenwillen gäbe oder wenn wir die Macht dazu hätten, wäre es nicht das, was wir wollen. Wir wollen eine selbstbestimmte, demokratische Entwicklung. Und um die überhaupt denkbar zu machen, ist eine Gesellschaft hilfreich, in der die Menschen ohne materielle Existenzangst die notwendigen Diskussionen führen und die möglichen experimentierenden, suchenden Schritte gehen können. Sie ist nicht die einzige Möglichkeit dazu, Menschen können auch katastrophisch lernen, aber wünschenswerter wäre es anders.

Tagespolitik und Visionen

Der ökologische Umbau der Produktion ist aus Gründen der Endlichkeit der Erde und ihrer Ressourcen zeitlich dringend. Auch aus ökonomischen Gründen ist eine Umstellung unseres Wirtschaftens auf die konkreten Formen des Reichtums, auf die Bedürfnisse und weg vom rein abstrakten Geldanspruch erforderlich. Ein wesentliches Mittel dazu ist die Dekomodifizierung von immer mehr Bereichen unserer täglichen Reproduktion, also ihre Lösung aus den kommerziellen Märkten und Befreiung aus der Warenform. Öffentliche Infrastruktur, die für die BenutzerInnen kostenlos ist, eine umfassende Gesundheitsversorgung für alle nach dem Bedarfsdeckungsprinzip, perspektivisch auch kostenloses Wohnen oder Mobilität wären Schritte in eine solche Richtung. Sie würden den Betrag, der zur Existenzsicherung noch in Geld ausgezahlt werden muss, niedriger machen und wären damit so etwas wie ein nichtmonetäres bedingungsloses Grundeinkommen.

Diese Orientierung eröffnet viele Bündnismöglichkeiten für die Grundeinkommensbewegung. Sie ermöglicht den Anschluss an real stattfindende Kämpfe in der Krisenauseinandersetzung, aber auch gegen AKWs oder Gentechnologie. Wir müssen damit nicht mehr den Gegensatz mit Gruppen und Personen, die nicht für ein bge eintreten, in den Vordergrund stellen, sondern unsere Gemeinsamkeit mit ihnen. Auch das wird ihrer Bereitschaft, über die Möglichkeiten nachzudenken, die ein Grundeinkommen eröffnen würde, eher fördern als schwächen. Ich plädiere also sehr dafür, diese Chancen zu nutzen und konkrete Verbesserungen der alltäglichen Lebenssituation einzelner Bevölkerungsgruppen zu erkämpfen.

Aber Grundeinkommen als Richtungsforderung heißt auch, Gesellschaft in eine bestimmte Richtung verändern zu wollen. Mit der Einführung eines Grundeinkommens kann hier und jetzt begonnen werden. Wenn es aber so aufgestellt ist, dass es die Kapitalmassen verringert, die profitable Anlage suchen, dass es mit zunehmender Umstellung auf eine bedarfsorientierte Ökonomie gekoppelt ist, dass es den Zwang zum Verkauf der Arbeitskraft reduziert, dann weist es über die bestehende Gesellschaft hinaus. Eine solche Überlegung könnte als Vehikel missverstanden werden, mit dem wir sozusagen heimlich den Kapitalismus abschaffen oder den Sozialismus einführen wollen. Selbst wenn jemand das wollte, es würde misslingen, weil's die Leute merken. Worum es geht, wäre eine offene Diskussion darüber, wie wir leben wollen, welches die Güter und Dienstleistungen sind, die wir für ein gutes Leben brauchen, und wie wir sie herstellen wollen.

Eine solche Strategie hat eine zentrale Realität der bestehenden Gesellschaft auf ihrer

Seite, die genau so einen Übergang zweier Gesellschaftsformen darstellt, ohne dass feststände, wo es am Ende hingehet. Die Produktivität und damit die Arbeitsverhältnisse haben sich gegenüber dem tayloristischen Kapitalismus völlig verändert. Damals war ihre Basis die große Fabrik mit Beschäftigten, die vorgegebene Tätigkeiten ausführten. Deren materielle Sicherheit bestand im Arbeitslohn und gegebenenfalls der Lohnersatzleistung. Ich will hier gar nicht darüber diskutieren, ob das wünschenswerte oder ärgerliche Verhältnisse waren, sie existieren so nicht mehr, auch wenn es noch große Fabriken gibt. Produktivität heißt heute Wissen, heißt sich selbst einbringen, heißt Kreativität, heißt nicht nur Teamarbeit statt Fließband, sondern geradezu Arbeitsprozesse, in denen die erkennbaren Beiträge der Einzelnen ausgelöscht sind und nur noch im ununterschiedenen Endprodukt auftauchen. Softwareentwicklung mag als das am weitesten fortgeschrittene Beispiel dafür dienen. Zunehmend wird anerkannt, dass Produktivität viele Abläufe umfasst, die traditionell nicht als produktiv galten. Sie beschränkt sich längst nicht mehr auf den eigentlichen Produktionsprozess.

Das stellt heute für sehr viele Betroffene viel mehr ein Problem als eine Verbesserung ihrer Situation dar. Sie müssen völlig entgrenzt arbeiten, es gibt keine Pausen, keine Freizeit, keinen Freiraum und doch keine Sicherheit. Wer rausfliegt, landet bei Hartz IV und dem „Selbst-Schuld“. Ein Grundeinkommen würde alle Formen der Produktivität anerkennen und alle sozialen Lagen materiell absichern. Es wäre damit die Form, die – eventuell nur für eine Übergangszeit – es möglich machen könnte, angstfrei in eine neue, selbstgestaltete Gesellschaft gehen zu können.